

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschint jeden Montag abends für den folgenden Tag und wird einschließlich der Mittwochs und Sonnabends erscheinenden „Litterarischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 J., bei Postanweisung ins Haus 1 M 70 J., bei allen Postanstalten 1 M 50 J. erlöslose Bestellgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Veranstaltung Nr. 23.

Befellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr. **Stierundschaffiger Jahrgang.**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Die außerterminliche Musterung der

Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes

Dienstag, den 8. Februar 1910

findet statt.

Diejenigen Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes, welche am 1. April d. J. bei einem Infanterie-Regiment **eingestellt** zu werden wünschen und nicht als Einjährig-Freiwillige dienen wollen, werden daher aufgefordert, an dem vorbezeichneten Tage **vormittags 9^{1/2} Uhr im Schützenhaus Bautzen** zu erscheinen.

Militärpflichtige Volksschullehrer und Kandidaten des Volksschulamtes können am 1. April **nur dann** eingestellt werden, wenn sie auf die Vorteile der Lösung verzichten.

Diese Erklärung kann hier abgegeben werden.

Noch nicht militärpflichtige taugliche Volksschullehrer u. d. dürfen sich zum Diensttritt freiwillig bereit erklären.

Ein Recht auf die Wahl des Truppenteils haben die Volksschullehrer u. s. w. nicht.

Der Lösungsschein oder die Geburtsurkunde sind, soweit sich solche nicht bereits hier befinden, mitzubringen.

Bautzen, am 1. Februar 1910.

Der **Zivil-Vorsitzende des Königl. Ersatz-Kommission im Aushebungsbezirk Bautzen.**

Viehmarkt in Pulsnik: Dienstag, den 8. Februar.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

Neue Erfolge der Sozialdemokratie.

Nachdem die Sozialdemokratie bereits in einer ganzen Reihe von Nachwahlen für den Reichstag gesiegt hat, hat sie nunmehr auch noch in der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Eisenach den Sieg davongetragen, und ist gleich im ersten Wahlgang der Sozialist Leber als Reichstagsabgeordneter gewählt worden. Die große politische Bedeutung bei dem Sieg der Sozialdemokraten in Eisenach liegt nun aber gerade darin, daß der sozialistische Kandidat gleich im ersten Wahlgang die Stimmenmehrheit erhielt und die beiden anderen Kandidaten der bürgerlichen Parteien zusammen nicht soviel Stimmen empfangen, wie der Sozialdemokrat. Bei Stichwahlen sind ja die Sozialisten sehr leicht im Vorteil, wenn die bürgerlichen Parteien nicht fest zusammenhalten, was ja bekanntlich oft sehr schwierig, ja unmöglich ist, aber der glatte Sieg des sozialistischen Kandidaten gleich im ersten Wahlgang und in einem Kreise, der früher liberal vertreten war, kann doch nicht anders als ein Anwachsen der sozialistischen Opposition im ganzen Deutschen Reich bezeichnet werden, denn der Ausfall der Reichstagsersatzwahlen in Eisenach ist ja keineswegs ein Einzelfall, sondern die Sozialdemokratie hat auch bereits bei den Ersatzwahlen eine ganze Anzahl andere Siege zu verzeichnen. Da die sozialistische Theorie in der Staatspolitik und in der Wissenschaft noch keineswegs an Ueberzeugung und Wahrheit gewonnen hat, also alles, was die Sozialdemokratie zu erstreben vorgibt, nur eine Bahnvorstellung ist und bleiben muß, so kann das Anwachsen der sozialistischen Stimmen bei den Reichstagsersatzwahlen nur als eine Verstärkung der Oppositionslust in den breiten Schichten des Volkes aufgefaßt werden, und wenn eine solche Oppositionslust an Breite und Vertiefung immer mehr gewinnt, so muß man sich doch wohl als unbefangener Beobachter sagen, daß die Zahl der Reichstagswähler bedenklich gewachsen ist, die mit der Regierungspolitik und den bestehenden Lasten im hohen Grade unzufrieden sind. Wir sagen damit gewiß nichts neues, aber wenn der Kerger über die politischen Zustände im Reiche und über die Art der neuen Steuern und die immer noch drohenden größeren finanziellen Lasten andauernd das deutsche Volk in seiner Seele belästigt, so sollten doch auch die

berufenen Vertreter des deutschen Volkes in der Regierung, wie im Reichstag auf Mittel sinnen, diese Last der politischen und wirtschaftlichen Verärgerung vom Gemüt des deutschen Volkes wieder zu beseitigen. Nach den Erfahrungen der letzten Reichstagsersatzwahlen muß man ja wahrhaftig befürchten, daß in allen den Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie bereits einen bedeutenden Anhang besitzt, sie bei der nächsten Wahl den Sieg davontragen wird, wenn sich die politischen und finanziellen Zustände im Deutschen Reich bis zu den nächsten Wahlen nicht bessern. Wir besitzen nun einmal im Deutschen Reich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Mit diesem Wahlrecht ist es in Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Verstimmung gar nicht so sehr ausgeschlossen, daß einmal der ganze Reichstag eine oppositionelle Mehrheit zeigt. Nun wäre ja diese oppositionelle Mehrheit gar nicht so gefährlich, wenn aus ihr durch einen Ministerwechsel eine Regierungsmehrheit gemacht werden könnte; nach der Lage der politischen Verhältnisse in Deutschland und zumal mit einer sozialistischen Mehrheit ist dies aber ganz unmöglich. Die ruhige und gesunde Entwicklung des Deutschen Reiches wird also durch das Anwachsen einer schroffen Opposition nur gefährdet. In allen nationalen Kreisen unseres Vaterlandes sehnt man daher eine befreiende Tat eines führenden Staatsmannes oder Parteiführers herbei, von der eine Abwendung der sozialistischen Gefahr zu erhoffen ist.

Deutsches Reich.

Der Kaiser empfing am Montag mittag im Berliner Residenschloß die in Berlin zur Notifizierung der Thronbesteigung König Alberts eingetroffene belgische Sondergesandtschaft. Der Audienz wohnte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Schoen, bei. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers, in welchem der Monarch seinen bewegten Dank für die ihm auch an seinem diesjährigen Geburtstag zugegangenen zahlreichen Glückwünsche ausdrückt.

Der Reichstag erledigte am Montag debattelos eine Anzahl Rechnungen und Uebersichten, die mit früheren Etats der Schutzgebiete zusammenhängen, und beriet dann den zweiten Nachtragsetat zum Etat der Schutzgebiete für 1909. Die Kolonialgesellschaft von Deutsch-Südwestafrika und ihr Bergrecht spielte hierbei eine Hauptrolle. Offen erklärte der Zentrumsabgeordnete Erzberger, seine Fraktion könne dem Nachtragsetat nur unter dem Vorbehalt zustimmen, daß durch den Berggesetz von 1908 die genannte Gesellschaft tatsächlich ihr Recht auf Vergeigentum verloren habe. Die Abgeordneten Dr. Arning (nat.-lib.) und Dr. Arendt (Reichsp.) teilten durchaus diesen Standpunkt Erzbergers, worauf Staatssekretär Nordburg beruhigende Erklärungen betreffs des südwestafrikanischen Berggesetzes abgab. Nach weiterer Debatte wurden die Einzelforderungen des kolonialen Nachtragsetats in der Fassung zweiter Lesung angenommen. Der Reichstag begann nunmehr die Spezialberatung des Kolonialsetats für 1910; es entwickelte sich eine allgemeine kolonialpolitische Debatte, die schließlich vertagt wurde. Dann erhob sich eine Geschäftsordnungsdebatte anlässlich des Vorschlags des 1. Vizepräsidenten Spahn, die Beschlußfassung über den Protest des Abgeordneten Ledebour gegen den ihm in der Sitzung vom vergangenen Sonnabend erteilten Ordnungsruf auf die Tagesordnung für Dienstag als ersten Gegenstand zu setzen. An der lebhaften Diskussion nahmen die Abgeordneten Bebel (soz.), Mommsen (Fr. V.), Dr. Müller-Reinigen (fr. Volksp.), Freiherr v. Richthofen (Konf.), Erzberger (Zentr.), Dr. Bachmick (fr. Vereinig.), David (soz.) und Erbprinz zu Hohenlohe teil. Letzterer erklärte, er habe in seiner Eigenschaft als amtierender Vizepräsident dem Abgeordneten Ledebour den betreffenden Ordnungsruf im Anschluß an die Verwahrung erteilt, die er, der Erbprinz, gegen eine Kritik seiner Amtsführung eingelegt habe. Die Debatte endete mit Billigung des erwähnten Vorschlags des Vizepräsidenten Spahn.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Montag die Spezialberatung des landwirtschaftlichen Etats fortgesetzt und hierbei auch die Affäre Oldenburg im Reichstag berührt. — Die Wahlreformvorlage soll dem Abgeordnetenhaus, wie verlautet, an diesem Freitag zugehen.

Die bisherigen widersprechenden Meldungen über den Ausgang der Ersatzwahl im Reichstagswahlkreis Eisenach-Dermbach haben nunmehr ihre Klärung dahin gefunden, daß der sozial-